BAUPROJEKT

Bundeskanzleramt

Erweiterung

An den sechsgeschossigen gebogenen Neubau mit Büros schließen sich niedrigere Gebäude mit Serviceeinrichtungen an.
Quelle: Axel Schultes Charlotte Frank

Projektdaten

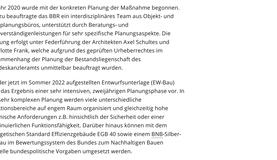
Nutzer	Bundeskanzleramt
Adresse	Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin, Deutschland
Bauherr	Bundesrepublik Deutschland
Architektur	Schultes Frank Architekten PartmbB
Projektleitung	Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Referat BB II 2
Gesamtkosten	rund 637 Millionen Euro
Planungsbeginn	2020
Baubeginn	geplant Frühjahr 2023, vorbereitende Maßnahmen begonnen ab Ende 2022
Fertigstellung	geplant 2028
Brutto-Grundfläche	rund 60.000 Quadratmeter

Das Bundeskanzleramt errichtet im Berliner Regierungsviertel unter der Projektleitung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR) – Referat BB II 2 – einen Erweiterungsbau in unmittelbarer Nähe zum bestehenden Kanzleramtsgebäude.

Zwei Jahrzehnte nach dessen Fertigstellung ist die Erweiterung des Bundeskanzleramtes aufgrund zahlreicher neuer Herausforderungen und Zukunftsaufgaben wie Energiewende, Digitalisierung, Flüchtlingspolitik oder Cyberkriminalität erforderlich.

Bislang waren zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die aktuell nicht im Bestandsgebäude untergebracht werden können, auf unterschiedliche Standorte in der Stadt verteilt. Aus Gründen der effizienten Aufgabenerfüllung, der Nachhaltigkeit und der Sicherheit sollen zukünftig alle Arbeitsmehrheiten an zentraler Stelle in Berlin-Mitte zusammengeführt werden. Daher wurde auf der Grundlage umfangreicher Machbarkeitsstudien des BBR mit der Untersuchung verschiedener Standortvarianten die Errichtung eines Neubaus im Kanzlerpark jenseits der Spree als vorzugswürdige Lösung identifiziert. In dem Gebäude werden unter anderem Büroflächen für 400 Beschäftige, ein Veranstaltungsbereich sowie ein neuer Post- und Logistikbereich mit Wache untergebracht. Mit der Planung der Erweiterung wurde das Büro Schultes Frank Architekten beauftragt, das bereits das Bundeskanzleramt auf der östlichen Spreeseite entworfen hat. Der Erweiterungsbau wird den westlichen Abschluss des ebenfalls von den Architekten konzipierten sogenannten Bandes des Bundes bilden.

Antworten auf häufig gestellte Fragen zur Baumaßnahme sind auf der Internetseite der Bundesregierung zu finden.



Ein hufeisenförmiger Erweiterungsbau am Rand des Kanzlerparks wird das „Band des Bundes" nach Westen hin städtebaulich abschließen.
Quelle: Axel Schultes Charlotte Frank

1 von 4

Projektverlauf

In den Jahren 2016 und 2018 erstellte das BBR Machbarkeitsstudien bezüglich des Standortes für den Erweiterungsbau. Aufbauend auf den ersten Planungsskizzen wurde im Jahr 2019 die Entscheidungsunterlage (ES-Bau) zur Finanzierung über den Bundeshaushalt aufgestellt und genehmigt.

Im Jahr 2020 wurde mit der konkreten Planung der Maßnahme begonnen. Hierzu beauftragte das BBR ein interdisziplinäres Team aus Objekt- und Fachplanungsbüros, unterstützt durch Beratungs- und Sachverständigenleistungen für sehr spezifische Planungsaspekte. Die Planung erfolgt unter Federführung der Architekten Axel Schultes und Charlotte Frank, welche aufgrund des geprüften Urheberrechtes im Zusammenhang der Planung der Bestandsliegenschaft des Bundeskanzleramts unmittelbar beauftragt wurden.

Mit der jetzt im Sommer 2022 aufgestellten Entwurfsunterlage (EW-Bau) liegt das Ergebnis einer sehr intensiven, zweijährigen Planungsphase vor. In der sehr komplexen Planung werden viele unterschiedliche Funktionsbereiche auf engem Raum organisiert und gleichzeitig hohe technische Anforderungen z.B. hinsichtlich der Sicherheit oder einer kontinuierlichen Funktionsfähigkeit, Darüber hinaus können mit dem energetischen Standard Effizienzgebäude EGB 40 sowie einem BNB-Silber-Niveau im Bewertungssystem des Bundes zum Nachhaltigen Bauen aktuelle bundespolitische Vorgaben umgesetzt werden.

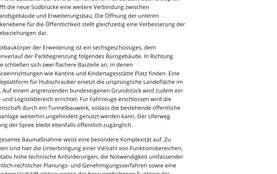
Parallel zur Aufstellung der Entwurfsunterlage wurden umfangreiche Abstimmungen mit Land Berlin und Bezirk Mitte zu einer Vielzahl an betroffenen Themen des öffentlichen Rechts geführt. Wesentliches Ergebnis und planungsrechtliche Grundlage für den Bauantrag ist ein neuer Bebauungsplan, welcher durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung aufgestellt und im Juli 2022 festgesetzt wurde. Im Ergebnis der Abstimmungen wurde eine Erschließung der Liegenschaft durch ein Tunnelbauwerk unter der öffentlichen Grünanlage erforderlich. Auch der Natur- und Umweltschutz wurde umfassend berücksichtigt, indem Schutzzonen zum Erhalt wertvoller Vegetation definiert wurden, zahlreiche Bäume durch Verpflanzungen an Standorte in der näheren Umgebung erhalten werden, nach Abschluss der Baumaßnahme umfangreiche Neupflanzungen auch in den umgebenden öffentlichen Grünanlagen erfolgen und weitere naturschutzrechtliche Ausgleichsmaßnahmen umgesetzt werden. Darüber hinaus hat das Bundeskanzleramt einer öffentlichen Nutzung der unteren Ebene der neuen Brücke über die Spree zugestimmt, so dass sich die Wegverbindungen im Bereich des Tiergartens auch für die Bürgerinnen und Bürger verbessern.

Die aktuelle Kostenermittlung basiert auf dieser komplexen Entwurfsunterlage (EW-Bau) und umfasst Gesamtbaukosten in Höhe von rund 637 Millionen Euro (Preisstand 1. Quartal 2022). Für Risiken wie einen allgemeinen Anstieg der Baupreise werden zum jetzigen Zeitpunkt weitere rund 140 Millionen Euro prognostiziert. Die aktuell schwierigen Rahmenbedingungen in der Bauwirtschaft in Folge der Corona-Pandemie, des Ukraine-Krieges sowie eines allgemeinen Fachkräftemangels sind hierbei soweit möglich berücksichtigt. Die Kostenprognose umfasst somit zum jetzigen Zeitpunkt 777 Millionen Euro.

Die Kostenentwicklung im Verhältnis zur vorangegangenen Kostenermittlung der Entscheidungsunterlage Bau mit 485 Millionen Euro (ES-Bau, Preisstand 1. Quartal 2019) weist Mehrkosten in Höhe von etwa 152 Millionen Euro aus. Diese Mehrkosten sind zu einem überwiegenden Teil (rund 111 Millionen Euro) in der realen Baupreissteigerung der letzten drei Jahre begründet, welche in dem Ausmaß nicht absehbar war. Weitere rund 41 Millionen Euro Mehrkosten beruhen auf den genannten Anforderungen des Landes Berlin aus dem Bebauungsplanverfahren sowie technischen Planungsfortschreibungen und stehen einem weiteren Mehrwert in der Gebäudeplanung und den öffentlichen Grünanlagen gegenüber.

Die Kosten wurden im September 2022 durch das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) im Rahmen der baufachlichen Prüfung der Entwurfsunterlage Bau genehmigt und durch das Bundesministerium der Finanzen (BMF) haushaltsmäßig anerkannt. Mit Aufnahme in den Bundeshaushalt wird das Verfahren abgeschlossen sein.

Parallel zum haushaltsrechtlichen Verfahren werden derzeit die ersten Ausschreibungs- und Vergabeverfahren vorbereitet. Vorbereitende Maßnahmen wie z.B. Baumverpflanzungen, Verlegung Schmutzwasserkanal, Herrichtung Baustraße und Baustelleneinrichtung beginnen Ende 2022. Der Beginn der Bauarbeiten mit Baufeldfreimachung und Herstellung der Baugrube erfolgt im Frühjahr 2023. Die eigentliche Bauzeit beträgt voraussichtlich vier bis fünf Jahre.



Viele der neuen Arbeitsplätze im Erweiterungsbau werden zu den Grünanlagen des Kanzlerparks ausgerichtet sein.
Quelle: Axel Schultes Charlotte Frank

1 von 4

Projektdetails

Die städtebauliche Figur „Band des Bundes" wurde im Jahr 1992 von Schultes Frank Architekten im Zuge eines internationalen städtebaulichen Ideenwettbewerbes für den Spreebogen entwickelt. Das Band des Bundes soll als Symbol der deutschen Wiedervereinigung Regierungsbauten in der neuen Bundeshauptstadt Berlin über die Spree und damit über die ehemalige Grenze inmitten der einst geteilten Stadt hinweg miteinander verbinden. Neubauten wie das Paul-Löbe-Haus ergänzen dabei den historischen Bestand wie das Reichstagsgebäude, den Sitz des Deutschen Bundestages, der sich in unmittelbarer Nachbarschaft befindet.

Das Bundeskanzleramt wurde 2001 fertiggestellt. Mit diesen Erweiterung entsteht nunmehr ein im Hinblick auf Kubatur und Materialität einheitliches Ensemble. Zusätzlich zur bereits vorhandenen Nordbrücke über die Spree schafft die neue Südbrücke eine weitere Verbindung zwischen Bestandsgebäude und Erweiterungsbau. Die Öffnung der unteren Brückenebene für die Öffentlichkeit stellt gleichzeitig eine Verbesserung der Wegbeziehungen dar.

Hauptbaukörper der Erweiterung ist ein sechsgeschossiges, dem Bogenverlauf der Parkbegrenzung folgendes Bürogebäude. In Richtung Spree schließen sich zwei flachere Bauteile an, in denen Serviceeinrichtungen wie Kantine und Kindertagesstätte Platz finden. Eine Landeplattform für Hubschrauber ersetzt die ursprüngliche Landefläche im Park. Auf einem angrenzenden bundeseigenen Grundstück wird zudem ein Post- und Logistikbereich errichtet. Für Fahrzeuge erschlossen wird die Liegenschaft durch ein Tunnelbauwerk, sodass die bestehende öffentliche Grünanlage weiterhin ungehindert genutzt werden kann. Der Lifeweg entlang der Spree bleibt ebenfalls öffentlich zugänglich.

Die gesamte Baumaßnahme weist eine besondere Komplexität auf. Zu nennen sind hier die Unterbringung einer Vielzahl von Funktionsbereichen, qualitative technische Anforderungen, die Notwendigkeit umfassender öffentlich-rechtlicher Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine besondere Vorbildfunktion wegen der herausgehobenen Funktion des Nutzers und des hohen baukulturellen Anspruchs des Bundes an seine Bauten, insbesondere an seine Regierungszentrale. Die hohen qualitativen Anforderungen bestehen unter anderem in der herausragenden Gesaltungsqualität des für die Bundesrepublik repräsentativen Bauwerkes und seiner Außenanlagen. Besondere Aufgaben bestehen hinsichtlich des Sicherheits- und Geheimschutzes und der Technikbaukonzeptionierung sowie in übergeordneten Aspekten wie Nachhaltigkeit in Bau und Betrieb sowie Barrierefreiheit. In diesen Bereichen sind die Anforderungen heutzutage deutlich höher als bei der Errichtung des Bestandsgebäudes um die Jahrtausendwende.

Weitere Informationen

EXTERNER LINK
FAQs zur Erweiterung des Bundeskanzleramtes auf der Internetseite der Bundesregierung

Pressemeldungen

PRESSEMITTEILUNG
Das Bundeskanzleramt wird erweitert

Ein Erweiterungsbau soll die große Raumnot des Bundeskanzleramtes beenden und alle Beschäftigten wieder an einem Standort zusammenführen. Weitere Funktionsgebäude wie ...

Kontakt

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

© Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, 2020–2023